

rantire la presentazione più aperta possibile delle schede, le ha liberalizzate nella maggior parte dei punti e ha reso possibile una prassi che supera i limiti imposti dal tenore dell'Ordinanza del Consiglio federale concernente il trattamento dei documenti della Confederazione in materia di sicurezza dello Stato. Hanno diritto a ricevere la copia della loro scheda non soltanto le persone giuridiche bensì anche le associazioni e organizzazioni che hanno abbandonato l'attività già da lungo tempo. In tale contesto occorre evitare che abbiano ad ottenere la consultazione persone non autorizzate, oppure che avvengano sostituzioni nel rilevamento dell'identità di un'organizzazione.

Le condizioni di legittimazione definite dal promemoria a cui si accenna sono state fissate a protezione delle persone interessate. Le ha approvate anche il mediatore con il quale l'incaricato speciale ha discusso il promemoria.

La definizione delle esigenze di legittimazione non ha del resto potuto rilevare tutti i casi possibili. In numerosi casi l'incaricato speciale dovrà quindi procedere in modo pragmatico e ritenere adempiute le condizioni quando è data l'identità dell'organizzazione ed è esclusa la possibilità di qualsivoglia scambio d'identità. In caso di risposta negativa, c'è la possibilità di ricorrere al mediatore. Un'eventuale seconda decisione dell'incaricato speciale può dall'interessato con ricorso essere deferita al Consiglio federale.

L'incaricato speciale è del resto stato costituito come funzione vincolata a direttive; già per questo motivo occorre prescindere da un intervento.

Präsident: Der Interpellant beantragt Diskussion.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag auf Diskussion
Dagegen

49 Stimmen
78 Stimmen

91.3302

Interpellation Vollmer

Verzögerungen beim Schutz der Velofahrer vor Lastwagen

Protection des cyclistes contre les camions

Wortlaut der Interpellation vom 19. September 1991

Der Bundesrat wird beauftragt, zu folgenden Fragen Stellung zu nehmen:

1. Wie viele Fussgänger und Velofahrer (insbesondere auch Kinder) will der Bundesrat auf unseren Strassen weiterhin tödlich verunfallen lassen, bis er endlich entsprechend strenge Vorschriften über den seitlichen Unterfahrschutz bei Lastwagen in Kraft setzt?

2. Wie rechtfertigt der Bundesrat die Tatsache, dass er in seinen früheren Stellungnahmen immer auf die noch fehlenden europäischen Richtlinien verwiesen hat, bei deren späteren Erlass wegen noch eigenen Untersuchungen (Auftrag an die Astag!) nicht handelte und heute wiederum sich allenfalls ändernde EG-Vorgaben als Grund für die Untätigkeit vorgibt?

Texte de l'interpellation du 19 septembre 1991

Je prie le Conseil fédéral de donner son avis sur les questions suivantes:

1. Combien de piétons et de cyclistes (notamment d'enfants!) a-t-il encore l'intention de laisser périr sur nos routes avant de prendre enfin les prescriptions strictes qui s'imposent pour assurer l'installation sur les camions de dispositifs anti-encastrement latéral?

2. Comment explique-t-il qu'il ait toujours invoqué, dans ses avis précédents, l'absence de dispositions européennes, que, lorsque ces dispositions ont été enfin prises, il n'ait rien fait en

se prévalant de ses propres recherches (mandat à l'Association suisse des transports routiers ou ASTAG), et qu'il justifie de nouveau son inaction par la possibilité d'une modification des mesures de la CE?

Mitunterzeichner – Cosignataires: Ammann, Bodenmann, Bundi, Danuser, Eggenberger Georges, Haering Binder, Hubacher, Lanz, Leuenberger Ernst, Longet, Rechsteiner, Reimann Fritz, Stappung, Uchtenhagen, Züger (15)

Schriftliche Begründung – Développement par écrit

Innert kurzer Zeit sind in der Schweiz wiederum mehrere velofahrende Kinder unter die Hinterräder grosser Lastwagen geraten und dabei tödlich verletzt worden.

Es ist bekannt und unbestritten, dass ein Grossteil dieser tödlichen Unfälle mittels eines für Lastwagen vorgeschriebenen sogenannten seitlichen Unterfahrschutzes verhindert werden könnten.

– Bereits im Jahre 1986 hat der Bundesrat als Antwort auf eine Anfrage Fankhauser festgehalten, dass er die Uebernahme einer entsprechenden – sich in Vorbereitung befindlichen – europäischen Regelung prüfen werde.

– Am 13. April 1989 hat die EG in einer Richtlinie grünes Licht für die Anordnung von seitlichen Schutzvorkehrungen bei Lastwagen gegeben.

– Als Antwort auf eine Anfrage Ducret aus dem Jahre 1989 hat der Bundesrat bekanntgegeben, dass vor der Uebernahme der EG-Richtlinien in der Schweiz noch ergänzende Untersuchungen bis Ende 1990 durchgeführt würden. Nach deren Abschluss gedenke der Bundesrat die entsprechende Verordnung unverzüglich anzupassen.

– In einer Fragestunde im Herbst 1990 antwortete der Bundesrat auf eine Frage Vollmer, dass «der Bundesrat nach Abschluss des noch laufenden Versuches über die Frage seitlicher Schutzvorkehrungen entscheiden werde; dies dürfte im nächsten Jahr der Fall sein».

Heute stellen wir fest:

– Es liegen immer noch keine Resultate der zusätzlichen schweizerischen Untersuchungen (welche dem Vernehmen nach durch die direkt interessierte Astag durchgeführt werden) vor.

– Innerhalb der EG macht die Vereinigung Deutscher Automobilhersteller politisch Druck, um die 1989 in Kraft gesetzten Vorschriften erneut zu ändern.

– In der Schweiz will man mit dem Erlass entsprechender Vorschriften einmal mehr zuwarten, bis die heutigen EG-Vorschriften allenfalls wieder neu gefasst werden.

Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates vom 2. Dezember 1991

Rapport écrit du Conseil fédéral du 2 décembre 1991

Der Bundesrat will keine Fussgänger und Velofahrer «auf unseren Strassen weiterhin tödlich verunfallen lassen», wie ihm dies der Interpellant unterstellt. Unfälle haben in aller Regel komplexe Ursachen. In der überwiegenden Zahl der Fälle ereignen sie sich aufgrund von Fehlverhalten der Verkehrsteilnehmer. Es ist deshalb zu einfach, die Verantwortung für Unfälle mit Fahrrädern pauschal auf die Ausrüstung der Lastwagen und deren Anhänger oder gar auf den Bundesrat abzuschieben.

Seitliche Schutzvorrichtungen an Lastwagen und deren Anhängern können die Folgen von Unfällen mit Fahrrädern mindern. Derartige Vorrichtungen müssen jedoch gewissen technischen Anforderungen entsprechen. Die von der EG am 13. April 1989 erlassene und am 1. Mai 1991 in Kraft getretene Richtlinie über seitliche Schutzvorrichtungen an Nutzfahrzeugen zum Gütertransport hat in der Praxis zu Schwierigkeiten geführt und soll deshalb noch in diesem Jahr geändert werden. Das EJPD wird aufgrund dieser Sachlage eine entsprechende Aenderung der Verordnung über Bau und Ausrüstung der Strassenfahrzeuge (SR 741.41) den Kantonen und interessierten Kreisen zur Vernehmlassung unterbreiten.

Präsident: Der Interpellant beantragt Diskussion.

Abstimmung – Vote
Für den Antrag auf Diskussion
Dagegen

61 Stimmen
35 Stimmen

ritz, Maeder, Matthey, Meyer Theo, Neukomm, Pini, Pitteloud, Reimann Fritz, Ruffy, Salvioni, Seiler Rolf, Stamm, Stappung, Uchtenhagen, Ulrich, Vollmer, Weder Hansjürg, Züger (40)

Verschoben – Renvoyé

Schriftliche Begründung – Développement par écrit
Die Urheberin verzichtet auf eine Begründung und wünscht eine schriftliche Antwort.

91.3281

Interpellation Bäumlin
ERG-Gewährung
für Kraftwerkprojekt im Iran
Octroi de la GRE
pour la centrale iranienne de Karoun III

Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates vom 2. Dezember 1991
Rapport écrit du Conseil fédéral du 2 décembre 1991

Der Bundesrat hat den Firmen Sulzer-Escher Wyss AG in Zürich und Asea Brown Boveri AG in Baden für ihre Lieferungen im Wert von 480 Millionen Franken (plus Zinsen von etwa 100 Mio. Fr.) im Zusammenhang mit dem Wasserkraftwerk Karoun III eine grundsätzliche ERG-Zusage erteilt.

Zu den Fragen der Interpellation nimmt der Bundesrat wie folgt Stellung:

1. Die betriebliche Rentabilität des Projekts wird insgesamt als bescheiden eingestuft und ist erst unter der Annahme zukünftiger realer Anpassungen der heute nicht kostendeckenden Tarife gegeben. Der Ausgleich der durch die staatliche Preispolitik bedingten Betriebsdefizite erfolgt aus der Staatskasse. Demgegenüber kann die ökonomische Wirtschaftlichkeit, d. h. die Gesamtvorteile des Projekts aus der Sicht Irans, als gegeben betrachtet werden. Im Rahmen der Zusammenarbeit mit dem IMF und der Weltbank dürfte Iran im übrigen schrittweise kostengerechtere Energietarife einführen.

Iran weist eine im internationalen Vergleich relativ niedrige absolute Aussenschuld auf. Auch vergleicht sich der Anteil der für die Bedienung der Aussenschuld aufgewendeten Exporterlöse vorteilhaft mit den meisten anderen Entwicklungsländern. Aus heutiger Sicht betrachtet der Bundesrat Iran für die aus dem Projekt Karoun III erwachsenden Verpflichtungen als kreditwürdig.

Japan verfolgt im Bereich der staatlichen Exportkredite und staatlichen Exportrisikogarantien für alle Laufzeiten grundsätzlich die gleiche Politik wie die Schweiz im Falle der ERG. Entscheide von Tragweite werden fallweise unter Würdigung der jeweils massgebenden Situation gefällt. Grossbritannien übte demgegenüber in Anbetracht der belasteten politischen Beziehungen zu Iran und nicht aus Risikoüberlegungen für längerfristige Geschäfte bisher eine zurückhaltende Garantiepolitik aus, ist aber daran, diese Haltung zu überprüfen.

2. Der Bundesrat hat sich im Juni 1991 in Beantwortung der Einfachen Anfrage Longet vom 23. Januar 1991 ausführlich zur Menschenrechtssituation im Iran geäußert. Gestützt auf übereinstimmende Informationen aus unterschiedlichen Quellen liess sich damals feststellen, dass die Situation weiterhin zu Besorgnis Anlass gab, auch wenn sie sich seit der Machtübernahme von Präsident Rafsanjani stabilisiert zu haben scheint. Diese allgemeine Beurteilung der Situation bleibt nach fünf Monaten unverändert. Die politische Lage und die Menschenrechtssituation in einem Land fliessen bei der Vorbereitung von ERG-Entscheiden in die Beurteilung der Länderrisiken ein.

3. Die Umweltaspekte des vom Iran vorgegebenen Projektkonzepts und Projektstandorts sind in der dem Entscheid des Bundesrates vorangehenden Abklärungsphase angemessen geprüft worden. Die Untersuchungen der Experten haben gezeigt, dass einerseits vom Projekt keine unangemessenen Umweltbelastungen ausgehen und andererseits keine unangemessenen Projektrisiken durch externe Umwelteinflüsse entstehen. Die Abklärungen vor Ort wurden nach dem Grundsatz der Verhältnismässigkeit ausgeführt, d. h. Untersuchungen wurden soweit vorgenommen, als es aus der Sicht der jeweiligen Problematik und der entsprechenden lokalen Verhältnisse angezeigt und möglich war. Zu berücksichtigen sind aus ökologischer Sicht ausserdem auch die mit dem Projekt verbundenen positiven Auswirkungen (Einsparung fossiler Brennstoffe, Förderung erneuerbarer Energie, Bewässerung).

Präsident: Die Interpellantin beantragt Diskussion.

Wortlaut der Interpellation vom 17. September 1991

Der Presse war Ende August zu entnehmen, dass sich das ERG-Gesuch für das iranische Kraftwerk Karoun III beim Bawi in «umfassender Vorabklärung über das Länder- und Projektrisiko» befinde, dass der Entscheid darüber im September fallen könnte und dass dieser «angesichts der finanziellen Bedeutung des Projektes» durch den Bundesrat getroffen werden müsse. Anlass für diese Informationen war, dass die EvB (Erklärung von Bern) ihre grundsätzliche Opposition gegen dieses Mammutprojekt in einem Entwicklungsland des mittleren Ostens angemeldet hatte.

In diesem Zusammenhang frage ich den Bundesrat an:

– Ist es richtig, dass das Projekt als nicht selbsttragend eingeschätzt wird? Wie beurteilt der Bundesrat die Kreditwürdigkeit der iranischen Regierung? Ist es richtig, dass Japan und Grossbritannien dieser keine kurz- und mittelfristigen staatlichen Exportkredite gewähren?

– Wie beurteilt der Bundesrat die Menschenrechtssituation im Iran? Spielt diese eine Rolle beim Entscheid über die beantragte Garantie?

– Wird der Bundesrat einen Entscheid über diesen Antrag fällen, bevor eine umfassende Umweltverträglichkeitsprüfung – die den Namen verdient – vorliegt?

Texte de l'interpellation du 17 septembre 1991

A la fin août, on a pu apprendre par la presse que la demande de GRE pour la centrale iranienne de Karoun III se trouvait à l'OFAEE où elle faisait l'objet d'une estimation globale des risques du projet et du pays, que la décision serait sans doute prise en septembre et que l'aval du Conseil fédéral était nécessaire en raison de l'importance financière du projet. Ces informations ont été publiées après que la Déclaration de Berne eut annoncé qu'elle était fondamentalement opposée à la réalisation de ce gigantesque projet dans un pays en développement du Moyen-Orient.

Au vu de ce qui précède, je pose au Conseil fédéral les questions suivantes.

– Est-il exact qu'il estime que le projet ne peut se passer d'un soutien financier? Que pense-t-il de la solvabilité du gouvernement iranien? Est-il vrai que le Japon et la Grande-Bretagne n'accordent pas à l'Iran de crédit à l'exportation à court et moyen termes?

– Quel est l'avis du Conseil fédéral sur le respect des droits de l'homme en Iran? Cet élément joue-t-il un rôle lors de la décision sur la garantie demandée?

– Le Conseil fédéral prendra-t-il une décision à ce sujet avant qu'une étude de l'impact sur l'environnement complète et diligente de ce nom n'ait été effectuée?

Mitunterzeichner – Cosignataires: Aguet, Ammann, Bär, Bodenmann, Bundi, Danuser, David, Eggenberg-Thun, Eggenberger Georges, Euler, Fankhauser, Grendelmeier, Haering Binder, Hafner Ursula, Haller, Herczog, Jaeger, Jeanprêtre, Kühne, Lanz, Leemann, Leuenberger Ernst, Leuenberger Mo-

Interpellation Vollmer Verzögerungen beim Schutz der Velofahrer vor Lastwagen

Interpellation Vollmer Protection des cyclistes contre les camions

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1991
Année	
Anno	
Band	V
Volume	
Volume	
Session	Wintersession
Session	Session d'hiver
Sessione	Sessione invernale
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	15
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	91.3302
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	13.12.1991 - 08:00
Date	
Data	
Seite	2524-2525
Page	
Pagina	
Ref. No	20 020 770

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.